

Die polizeilich-publizistische Konstruktion von „Problemvierteln“ – und konkurrierende Deutungen

Moritz Rinn und Jan Wehrheim

Beitrag zum Plenum 5 »Städte als Räume gesellschaftlicher Spannungen«

Am 8. Dezember 2017 veröffentlichte die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) einen Artikel über einen Polizeieinsatz im Essener Stadtteil Altendorf (Kintscher 2017). Unter der Überschrift „Sicherheit. Nach der Randalie: Polizei Essen will gezielt Stärke zeigen“ prangt ein Foto von acht Polizeiwagen. Der Artikel beginnt: „Dem Gefühl, dass sich in Essen etwas zusammenbraut und Paralleljustiz um sich greift, begegnet die Ordnungsmacht mit demonstrativer Präsenz“. Erst im hinteren Teil folgt die Aufklärung: Randalie habe es in Altendorf nicht gegeben. Ein Stadtteilbewohner habe der Polizei gemeldet, er habe Schüsse gehört und Männer sich „zusammenrotten“ sehen. Die alarmierten Ordnungskräfte seien daraufhin mit einem Großaufgebot angerückt, hätten jedoch vor Ort feststellen müssen, dass es sich bei den „Schüssen“ um laute Geräusche herunterfallender Metallplatten von dort tätigen Handwerkern gehandelt haben musste, und bei der „Zusammenrottung“ um Männer, die sich anlässlich eines Fußballspiels vor einem Wettbüro aufgehalten hätten. Trotz der ‚irrtümlichen‘ Situationsdeutung ließ sich der Essener Polizeisprecher mit den Worten zitieren, es gehe darum, „Flagge zu zeigen, deutlich zu machen, dass wir in der Stadt keine Paralleljustiz dulden“. Über Überschrift, Aufmacher und Bildmaterial bedient die Zeitung damit einen (über-)lokalen Diskurs über „Ghettoisierung“ und „Parallelgesellschaften“ und verortet diesen in Altendorf. Zudem werden indirekt Handlungsempfehlungen gegeben: Entsprechenden Gefahren im Kontext von Segregationsprozessen sei polizeilich mit „Stärke“ zu begegnen.

In diesem Beitrag¹ analysieren wir am Beispiel des Stadtteils Essen-Altendorf Wechselwirkungen zwischen Situationsbe-deutungen, stadtteilimageproduzierenden Diskursen und polizeilichen Interventionen sowie deren Auswirkungen auf Quartiersalltage der ‚üblichen Verdächtigen‘ aus einer symbolisch-interaktionistischen Perspektive. Sichtbar werden polizeilich-publizistische Verstärkerkreisläufe, die weitere, tendenziell restriktive polizeiliche und stadtpolitische Interventionen neu legitimieren. Entsprechende Politiken reproduzieren dabei jedoch nicht nur die ‚Problematik‘ und ‚Gefährlichkeit‘ eines Stadtteils und damit die Stigmatisierung der Bewohner*innen, sie evozieren auch Ambivalenzen und konkurrierende Problemkonstruktionen und insofern auch Gegenerzählungen.²

¹ Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um eine stark gekürzte und argumentativ verdichtete Version des im Heft 2/2021 des *Berliner Journals für Soziologie* erschienenen Aufsatzes „Die Produktion eines „Problemviertels“: Mediale Diskurse, politisch-polizeiliche Interventionen und interaktive Situationsbedeutungen“.

² Die Befunde sind Ergebnisse eines qualitativen Forschungsprojekts zu „Aneignungskonflikten in Mischung orientierten Stadtentwicklungsprojekten“. Während mehrmonatiger Feldforschungen haben wir neben fokussierten ethnographischen Beobachtungen u.a. 80 teilstrukturierte Interviews mit 114 Bewohner*innen geführt und ethnographisch proto-

Im Folgenden wird zunächst die stadtpolitische, polizeiliche und mediale Problematisierung Altdorfs herausgearbeitet und anschließend mit Erzählungen von Bewohner*innen über Alltagserfahrungen im Stadtteil in Beziehung gesetzt. Abschließend wird der eingangs erwähnte ‚irrtümliche‘ Polizeieinsatz, und dabei die diskursiv-interaktiven Wechselwirkungen im Kontext von ‚Problemvierteln‘ rekonstruiert.

Territoriale Stigmatisierung und die Polizei als „primary definers“

Spätestens seit den 1990er Jahren werden auch in der deutschsprachigen Stadtforschung Prozesse urbaner Marginalisierung und damit verknüpfte Quartierseffekte diskutiert. Es wird gefragt, inwieweit die Segregation sozial unterprivilegierter und ethnisierte Personengruppen deren Chancen auf soziale Teilhabe zusätzlich zur jeweiligen sozialen Lage verringert, und es werden Gefährdungen (stadt-)gesellschaftlicher Kohäsion problematisiert (bswp. Häußermann, Kronauer 2009). Der „territorialen Stigmatisierung“ (Wacquant 2018, S. 180ff.) wird dabei eine besondere Relevanz zugeschrieben. Bewohner*innen verlieren nicht nur die Deutungshoheit über die Repräsentation ihrer Wohnviertel, deren Stigmatisierung zerstört gar nachhaltig die sozialen Beziehungen und Netzwerke innerhalb der heterogenen Bevölkerung vor Ort. Autoren wie Garbin und Millington (2012) verwiesen aber auch auf vielfältige Formen widerständigen Umgangs mit Marginalisierung und Stigmatisierung. Den Kern *territorialer* Stigmatisierungen, mit denen sich Bewohner*innen konfrontiert sehen, bildet der seit der Urbanisierung bestehende diskursive Nexus von Armut, moralischem Verfall und Kriminalität, also das Bild der segregiert lebenden „gefährlichen Klassen“ (Lindner 2004). Zentrale Elemente sind dabei auch in deutschen Städten rassifizierende Zuschreibungen von Devianz, Kriminalität und Unsicherheit, die in der Rede über Parallelgesellschaften, Ghettoisierung und No-go-Areas (Ronneberger, Tsianos 2009) und in entsprechenden sozial-, aber gerade auch kriminal- und ordnungspolitischen Interventionen zum Ausdruck kommen.

Während Mohring und Rolfes (2020) in Bezug auf No-go-Area-Diskurse und auch Stadtteilimages in Deutschland Wechselwirkungen v.a. zwischen Medien und Politik betonen, muss im Kontext von Devianz und Kriminalität der Polizei eine hohe Relevanz zugeschrieben werden. Sie fungiert als *die* zentrale Institution für die öffentliche und vorjuristische Definition von Kriminalität. Als proaktive und anzeigenaufnehmende Institution müssen Polizeien als maßgeblich für die öffentlichen Vorstellungen über die ‚Gefährlichkeit‘ von Stadtteilen und entsprechende Stigmatisierungen angesehen werden. Ihr Einfluss ist ein doppelter: Zum einen über die Deutung von inkriminierten Handlungen. Devianz/Kriminalität liegen nicht dinghaft vor, sondern sie sind das Produkt von Zuschreibungen. Die symbolisch-interaktionistisch informierte Soziologie und Kriminologie hat vielfältig darauf hingewiesen, dass dies über ‚Ermessensspielräume‘ der Polizei hinausgeht (Sack 1968; Peters 2009). Auch Polizist*innen interpretieren Dinge (im Sinne Blumers (1981)) innerhalb der Kontexte, innerhalb derer sie wahrgenommen werden, wobei u.a. Typisierungen von Täter*innen in Relation zu polizeilichen Erwartungen in Bezug auf sozialräumliche Gegebenheiten zu den Kontexten gehören (Smith 1986; Belina, Wehrheim 2011; Hunold 2015). Dabei kommt der Polizei eine besondere „Definitionsmacht“ zu, wie Feest und Blankenburg (1972) verdeutlichten. Die „Beschwerdemacht“ (ebd.) der Bürger*innen, also

kolliert. Diese Interviews zielten auf Erzählungen über selbst erlebte ‚schwierige Situationen‘ und problematische Ereignisse im Stadtteil ab. Zusätzlich führten wir vertiefende narrative Interviews mit Bewohner*innen sowie Expert*inneninterviews durch und werteten administrative, polizeiliche und mediale Dokumente aus.

die Macht, andere Situationsdefinitionen durchzusetzen und sich gegen polizeiliche Deutungen und Interventionen legal zu wehren, ist zudem sozial ungleich verteilt. Insbesondere bei Personen mit niedrigem sozialem Status gilt sie als gering. Zum anderen äußert sich der Einfluss der Polizei in der medienöffentlichen Repräsentation des Geschehens. In ihrer Studie „Policing the Crisis“ zeigten Hall et al. (1978, S. 57ff.), dass Polizeien als „primary definers“ nicht nur meist als erste, sondern auch als ‚anerkannte‘ Expertinnen für Kriminalitätsphänomene den Interpretations- und Problematisierungsrahmen für spezifische Ereignisse setzen. Nachfolgende Definitionen der Ereignisse durch andere Akteur*innen müssen sich daher mit der polizeilichen Erst-Definition auseinandersetzen. Die in hierarchisch strukturierten Gesellschaften bestehende „*Hierarchie der Glaubwürdigkeit*“ (Becker 2016 [1967], S. 12, kursiv i.O.) verweist darauf, dass die sozial ungleich verteilte Definitions- und Beschwerdemacht über die Ausgangssituationen hinausgehen und Perspektiven und Realitätsdefinitionen Subalternen oder gar als deviant/kriminell Etikettierter u.a. in der medialen Repräsentation wenig Aufmerksamkeit bekommen. Polizeiliche Aktivitäten mit Bezug auf die Stadtteile und ihre Images haben also eine doppelte Relevanz: bei der Definition und Bewertung von Sachverhalten, die Gegenstände unmittelbaren polizeilichen Handelns sind (z.B. Deutungen als Ruhestörung, Körperverletzung, Widerstand) sowie in Bezug auf die öffentliche Darstellung dieser Sachverhalte und des polizeilichen Verhaltens dazu.

Essen-Altendorf als Gegenstand von Stadtentwicklungs- und Kriminalpolitik und medienöffentlicher Problematisierungen

Altendorf unterscheidet sich deutlich von den bei Wacquant und anderen thematisierten Stadtteilen: Es liegt weder in der urbanen Peripherie noch gibt es massenhaft verfallene Häuser oder leere Geschäfte. Auch in der polizeilichen Kriminalstatistik – also dem unmittelbaren Output der polizeilichen Definitionsmacht – ist Altendorf im Städte- und innerstädtischen Stadtteilvergleich unauffällig (DHPol 2020). Lediglich bei Phänomenen, die direkt auf die Polizeipräsenz selbst zurückgehen, wie bei reinen Kontrolldelikten (Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz) und „Respektlosigkeiten Jugendlicher gegenüber der Polizei“ (Hagenbucher 2017), ist Altendorf auffällig. Dennoch kann Altendorf als beispielhafter Stadtteil für Diskussionen über Segregation und ‚Problemquartiere‘ gelesen werden: Er gilt als benachteiligter und zugleich benachteiligender Stadtteil „mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (Stadt Essen 1999, S. 8), wobei die zahlreichen städtebaulichen, sozialarbeiterischen sowie polizeilichen Maßnahmen bislang nicht den politisch erhofften, desegregierenden und ‚aufwertenden‘ Effekt hatten: Auch 20 Jahre nach der Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ ist der Anteil derer, die staatliche Transferleistungen beziehen, mehr als doppelt so hoch wie im Essener Durchschnitt. Ähnliches gilt für den zweiten typischen Sozialindikator: Menschen mit nicht-deutscher oder doppelter Staatsangehörigkeit (Stadt Essen 2019). Zwei Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung sehen im Interview die Ursache dafür im lokalen Wohnungsmarkt begründet: Wohnungen in Altendorf seien zu günstig, würden an jede*n vermietet und so sei der Stadtteil zu einem „Ankommensstadtteil“ geworden. Infolgedessen nutzten zu viele als kulturell ‚anders‘ beschriebene Menschen den öffentlichen Raum und Ordnungsprobleme sowie Konflikte zwischen verschiedenen (ethnisierten) Gruppen und der Wegzug ‚sozial integrierter‘ Bewohner*innen seien die Folge. Um diese Abwärtsspirale zu durchbrechen, wurden neben Politiken Sozialer Mischung (Rinn, Wiese 2020), also auf Verbleib und Zuzug von Mittelschichtshaushalten zielenden Aufwertungsstrategien (etwa die bauliche Erneuerung zentraler Stadtplätze und die Errichtung eines höherpreisigen Neubauquartiers) auch Verhaltenspolitiken eingesetzt, wie etwa Mitternachtsbasketball für Jugendliche zur Kriminalprävention.

Für die vergangenen knapp zehn Jahre lassen sich zudem verschiedene polizeilich-politische Interventionen beobachten: 1) Im Kontext des Problemviertel-Diskurses und in Anschluss an Broken Windows-Thesen (Wilson, Kelling 1982), denen zufolge nicht sanktionierte strafrechtliche „social and physical disorder“-Erscheinungen zu Kriminalitätsfurcht, Abnahme informeller sozialer Kontrolle und letztendlich ‚richtiger‘ Kriminalität und weiterem Niedergang von Nachbarschaften führten, wurden insbesondere Ordnungswidrigkeiten problematisiert und bearbeitet. 2) Der Einsatz einer lokalen „task-force-Drogen“, die im Zusammenhang mit der Verdrängung von „Drogenszenen“ an anderen Orten in Essen zu sehen ist. 3) Wurden weitreichende Teile Altendorfs gemäß §12 PolG NRW zum „Gefahrengebiet“ erklärt und somit räumlich begrenzte verdachtsunabhängige Kontrollen im Stadtteil legalisiert (Landtag Nordrhein-Westfalen 2020). 4) Schließlich propagierte das nordrhein-westfälische Innenministerium ab 2018 die „Strategie der 1000 Nadelstiche“ gegen die sogenannte Clan-Kriminalität. Die Legitimation dieser Strategie funktioniert dabei etwa wie folgt: Weil (territorial verortete³) Clanstrukturen so unübersichtlich seien, müssten Zugriffe auch wegen Falschparkens, Verstößen gegen Hygienevorschriften in Imbissen, Schlägereien, un versteuertem Tabak, Insolvenzverschleppung oder auch Sozialleistungsbruch erfolgen. Die Interventionen erfolgen somit nicht nur straf-, polizei- und ordnungsrechtlich, sondern auch mittels Zoll oder Finanzverwaltung (z.B. Sat 2018). Die völlig unscharfe ‚Definition‘ von „Clans“ (LKA NRW 2019, S. 7), die Unbestimmtheit des Kriminalitätsvorwurfs⁴ und die stadtteilspezifische Verortung legitimieren so einen repressiven Zugriff auf scheinbar beliebige, nicht weiß-deutsch aussehende Personen in Form polizeilicher Kontrollen im öffentlichen Raum sowie bei Razzien, die v.a. Infrastrukturen des täglichen Lebens (Imbisse/Restaurants, Barbershops, Shisha-Bars, Kioske) betreffen.

Die territoriale Stigmatisierung erfolgt dabei auch durch die „Spezialisten der kulturellen Produktion“ (Wacquant 2018, S. XXI), in Altendorf insbesondere Journalist*innen der WAZ. Auch wenn kein objektivierender Abgleich zwischen tatsächlichen Aktivitäten der Polizei, deren Pressemitteilungen und der lokalen Berichterstattung möglich ist, so fällt eine unterschiedliche Häufigkeit öffentlicher Verlautbarungen von Polizei und medialer Thematisierungen auf. Die WAZ behandelt zunächst klassisch „crime as news“ (Hall et al. 1978, S. 66ff.) und bedient dabei kulturalisierende und ethnisierende Stereotype. Ein Peak bei Artikeln wird immer dann erreicht, wenn spezifische Kriminalitätsereignisse dramatisiert werden können und ergänzt wird die stadtteilbezogene Berichterstattung durch tendenziell wenige, anlassunabhängigere Zeitungsartikel, die auf stadtpolitische Bemühungen verweisen. Berichte und Kommentare zu Altendorf übersteigen dabei die Zahl der polizeilichen Pressemitteilungen um ein Vielfaches: Von 135 öffentlich zugänglichen Pressemitteilungen der Polizei in den Jahren 2014–2019 (davon 42 ohne Kriminalitätsbezug) bezogen sich lediglich fünf auf Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und der Begriff „Clan“ taucht lediglich einmal auf. Vor allem „Clans“ sind jedoch in den letzten Jahren ein zentraler Aufhänger medialer Berichterstattung in Essen (und darüber hinaus) geworden: Für denselben Zeitraum lieferte die Online-Stichwortsuche bei der WAZ für die Kombination „Altendorf+Drogen“ 78 Treffer und für „Altendorf+Clan“ sogar 116. Die WAZ setzt also eigene Schwerpunkte bei der Selektion berichtenswerter Ereignisse. Daraus lässt sich gleichwohl nicht schlussfolgern, die Berichterstattung liefe unabhängig von der oder gar gegen die Polizei. Polizeipräsident, Pressesprecher oder ortskundige Beamt*innen kommen als „primary definers“ ebenso regel-

³ Clans werden zentral auch über ihre vermeintliche „Beanspruchung regionaler oder krimineller Aktionsräume“ in „segregierten Räumen“ charakterisiert (LKA NRW 2019, S. 6f.).

⁴ Im LKA-Lagebericht ist explizit die Rede davon, die Datenlage erlaube *keine* fokussierten Maßnahmen in Bezug auf konkrete Personen (LKA NRW 2019, S. 8).

mäßig in den Artikeln zur Sprache wie die Innenminister von Nordrhein-Westfalen Jäger (SPD, bis 2017) und Reul (CDU, seit 2017). Die in den Zeitungsartikeln dominierenden Schlagworte „Drogen“, „Clans“ oder auch „Razzia“ stellen dabei ineinandergreifende „Verdichtungssymbole“ (Edelman 1976, S. 5) dar, die Emotionen aufrufen, über den Quartiersbezug weiter „verdichtet“ werden und so ein *lokales* Kontrollproblem konstruieren. Gerade in ihrer undefiniertheit ist die Figur der „Clans“ somit anschlussfähig an zahlreiche Stereotype und Assoziationen, die jeweils auf Gefährlichkeit verweisen und die in Zeitungsartikeln der WAZ bedient und sogar in internen Schulungsunterlagen der Polizei Essen propagiert werden (Polizei NRW Essen 2020): ethnische Geschlossenheit und Loyalität, eine Opposition zum Staat, Gewalt, die schiere Menge an Personen (teils ist von mehreren Tausend Mitgliedern die Rede), archaische Lebensweisen und Wertvorstellungen, Paralleljustiz.

Stigmatisierung und Deutungen selektiver Kontrollen

Obwohl Altendorf als problembehaftet und gefährlich verhandelt wird, berichteten interviewte Bewohner*innen auf unsere Frage nach persönlich erlebten Schwierigkeiten in Altendorf kaum über Konflikte mit anderen Bewohner*innen. Sie erzählten häufig zuerst von allgemeinen Zuständen und Situationen, mit denen als abweichend gedeutete Verhaltensweisen und Mentalitäten spezifischer Bewohner*innen illustriert wurden. Häufig tauchten rassifizierende bzw. ethnischierende Gruppenkonstruktionen wie „die Libanesen“, „die Roma“ oder „die Afrikaner“ in Verknüpfung mit „Müll“, „Drogen“, „Gewalt“ auf. Entsprechende Erzählungen bleiben jedoch abstrakt und spiegeln vor allem auch Lesarten, wie sie die Berichterstattung in der WAZ oder allgemeine Problemdiskurse in den späten 2010er Jahren nahelegen. Gleichzeitig finden sich aber vor allem in Erzählungen von Bewohner*innen of Color zahlreiche Hinweise auf alltägliche ‚schwierige‘ Begegnungen etwa mit Nachbar*innen, in denen rassistische Zuschreibungen eine deutliche Rolle spielen, ohne dass es aber zu Konfliktsituationen kommt (ausführlicher Rinn, Wiese 2020). Insgesamt lässt sich sogar festhalten, dass Bewohner*innen in Altendorf ihre Alltage in Bezug auf verschiedene Lebenssituationen relativ konfliktarm erleben.

Eine bedeutende Rolle spielte in den Erzählungen aber die wahrgenommene Polizeipräsenz, die die Interviewten regelmäßig von selbst in die Interviews eingebracht haben: Polizeisirenen, Verkehrskontrollen oder Polizeieinsätze gegen „Drogendealer“. In den Interviews wird dabei deutlich, dass das Image als ‚gefährliches Problemviertel‘ sehr wohl bewusst ist, dass es aber unterschiedliche Lesarten von Altendorf und dortigen polizeilichen Aktivitäten gibt. Neben zahlreichen affirmativen Re-Artikulationen trafen wir auf Bewohner*innen, die die Verbreitung eines „schlechten Rufs“ Altendorfs explizit kritisierten oder auch Gegenerzählungen vorbrachten. Die Ambivalenz und Breite der Rezeption polizeilicher Aktivitäten in Altendorf zeigt sich dabei nicht nur zwischen unterschiedlichen Bewohner*innen, sondern oft sogar in ein und demselben Interview, wie etwa mit zwei männlichen Jugendlichen, die polizeiliche Ausweiskontrollen detailliert beschreiben und als *racial profiling* interpretieren:

A: Die kontrollieren hier die Jugendlichen, die sagen, wegen Betäubungsmitteln, Falschgeld, Waffen und so.

B: Und zum Beispiel, wenn du so eine Bauchtasche hast, so eine Gucci-Tasche.

I: Echt, wieso das denn?

A: Weil die denken, du machst was mit Drogen. Neulich bin ich hier so langgegangen, habe in meine Bauchtasche reingefasst, wollte was rausholen, und dann hat die Polizei mich angehalten und wollten meinen Ausweis sehen. Ich so: ‚Warum kontrolliert

ihr mich? Und die: ‚Weil in Altendorf so viel mit Betäubungsmittel gehandelt wird, und Falschgeld‘ und so weiter.

I: Und wie war das, also du hast da auch was zu den Polizisten gesagt?

A: Ja, das erste Mal, wo mir das passiert ist, da habe ich das gefragt. Aber ehrlich, also die Deutschen werden nie kontrolliert, also ich habe nichts gegen die Deutschen, aber es werden immer nur die Ausländer kontrolliert.

An verschiedenen Stellen des Interviews wird das Zero-Tolerance-Policing thematisiert, das sich Innenpolitik und Polizei NRW auf die Fahnen schreiben, wobei als Erscheinungen, die zu Kontrollen und Sanktionen führen, ‚Müll‘ und andere Disorder-Phänomene dominieren. Dabei verweisen die Interviewten auf zwei zentrale Projekte der Quartiersentwicklung als Orte von Kontrollen – den umgestalteten Ehrenzeller Platz und den neu angelegten Niederfeldsee mit seiner hochpreisigen Neubebauung am Ufer. Im Stadtteil sichtbare Aufwertungsprojekte werden insofern mit Kontroll- und Ordnungspolitik verknüpft. Während diese Erzählungen als erfahrungsbasierte Deutungen interpretiert werden können, werden in anderen Passagen eher mediale Diskurse produktiv. So betonen die beiden Jugendlichen etwa, die Polizei habe „Angst vor den libanesischen Großfamilien“ und würde deshalb nichts gegen diese unternehmen, wobei sie hier den Clan-Diskurs als Deutungsfolie für negative Erlebnisse einer der Mütter mit ihrem „libanesischen“ Freund aufgreifen.

Auch drei weitere männliche Bewohner zwischen 20 und 40 Jahren äußern in einem Interview ihre ambivalente Sicht auf die Polizei und positionieren sich in Abgrenzung zu anderen Bewohner*innen auf der Seite der ‚Anständigen‘. So berichten sie davon, selbst grundlos am Niederfeldsee kontrolliert, mit zur Wache genommen und rabiatisch behandelt worden zu sein. Sie berichten zugleich aber auch, die Polizei käme spät oder ‚mache nichts‘, wenn man sie selbst rief, wie etwa bei einer erlebten konflikthafter Situation mit anti-romaistisch gelabelten Personen, von denen sie bedroht worden seien, wobei sie keine adäquate polizeiliche Unterstützung erhalten hätten. Die eigene Betroffenheit von stadtteilbezogenen Kontrollpraktiken bestätigt so paradoxerweise rassistische Diskursstränge über Stadtteilprobleme und dafür verantwortlich gemachte Gruppen. Die Polizei wird wiederum wegen einer angenommenen umgekehrten Selektivität kritisiert, und Thematisierungen polizeilicher (In-)Aktivitäten werden im Interview für rassistische Differenzmarkierungen und eigene Identitätsdarstellungen genutzt.

Polizeiliche Interventionen und die damit assoziierte Entwicklung des Stadtteils werden jedoch in Interviews auch begrüßt, wie etwa von einer ca. 50-jährigen Bewohnerin, die seit 30 Jahren im Stadtteil wohnt und berichtet, dass es „ruhiger geworden“ sei und die Polizei viele Razzien durchführe. Die polizeilichen Aktivitäten deutet sie im Kontext von an sozialer Mischung orientierter Stadtentwicklungspolitik:

C: Die machen das wegen Essen 51 [ein auf einer Brachfläche am Rand von Altendorf neu entstehender Stadtteil; d.A.], die räumen auf, die wollen hier ein anderes Publikum. Es muss sich auch verändern, damit die anderen Leute sich hier sicher fühlen.

Ähnliche Deutungen zeigen sich bei einem Bewohner Anfang Zwanzig. Er interpretiert Polizeikontrollen explizit im Zusammenhang mit eben jenem Stadtentwicklungsprojekt „Essen 51“ und einer intentionalen Verdrängungspolitik, die insbesondere „Schwarzköpfe“ betreffe, die besonders häufig „einfach so“ kontrolliert würden:

D: In Altendorf ist eigentlich nur der Ruf schlecht, also Altendorf hat einen schlechten Ruf, ist aber nicht so schlecht wie dieser Ruf, das wird alles in der Zeitung und im In-

ternet verbreitet, das wird aufgebauscht, um Altendorf runterzuziehen, dass das hier alles kriminell ist, aber hier ist alles in Ordnung, hier passiert dir nichts, [...] das einzige was hier besonders ist in Altendorf ist die Polizeipräsenz, und die bauen da hinten ja auch einen neuen Stadtteil, wie heißt der?

I: [...] Sie meinen bestimmt Essen 51.

D: Ja Essen 61 oder 51 oder wie das heißt. Ist doch klar, was die wollen, die wollen uns hier alle weg haben, rausschmeißen irgendwann, die sind ja nicht dumm, erst machen sie Altendorf runter, machen Altendorf einen schlechten Ruf, dann schicken sie viel Polizei rein, Polizeipräsenz, und nachher machen sie das hier alles platt, die wollen das hier ja alles vom Krupp-Gelände da aus neu machen hier.

In der Suche nach einer Anschlussfähigkeit an Alltagserfahrungen unterscheiden sich also Aneignungen und Re-Artikulationen dominanter Diskurse über Altendorf und damit verbundene polizeiliche Aktivitäten. Die verschiedenen Lesarten korrespondieren mit den sozialen Status der Interviewten, mit ihren Klassenpositionen bzw. -erfahrungen, erlebtem Rassismus und Erfahrungen mit der Polizei. Während die hegemoniale Erzählung des ‚gefährlichen Problemviertels‘ in Interviews überwiegend reproduziert wird, *ohne* dass eigene Erfahrungen mit Konflikten mit anderen Stadtteilbewohner*innen bestehen, bieten das territoriale Stigma und vor allem die Polizeipraktiken auch Chancen zur Distinktion gegenüber anderen Personengruppen sowie zur Kritik an der Polizei. Die Thematisierung der Stadtentwicklungspolitik dient dabei sowohl der Legitimation wie der Kritik an polizeilichen Aktivitäten. Die Wechselwirkungen von Stadtteilimage, Stadtentwicklungspolitiken und polizeilichen Interventionen im Stadtteil führen zu verschiedenen Varianten des Stigmamanagements im Interview: Eine innere Differenzierung einerseits, die das territoriale Stigma und ‚Probleme‘ auf spezifische, in der Erzählung konstruierte Gruppen zurückführen, und es so ermöglichen, Distinktionsgewinne zu erwirtschaften. Das Stadtteilimage wird gleichzeitig reproduziert. Andererseits zeigen sich normalisierende Zurückweisung sowie Gegenerzählungen, die jedoch aufgrund mangelnder Anschlussfähigkeit an hegemoniale Altendorfdiskurse diese nicht verändern, selbst wenn alternative Interpretationen von polizeilichen Aktivitäten deutlich zur Sprache kommen.⁵

Situationsbe-deutungen und Wechselwirkungen

Wie nun die diskursiv-praktische Stigmatisierung Altendorfs in konkreten Interaktionssituationen wirksam und re-produziert wird und sich durch diese hindurch Be-deutungshierarchien herstellen, und wie Situationsdeutungen und daran anschließende Polizeiaktionen sogar ‚kontrafaktisch‘ das stigmatisierende Image des Stadtteils bestätigen und Kreisläufe produzieren, lässt sich anhand des eingangs zitierten WAZ-Artikels zeigen.

⁵ Dies wird auch anhand eines weiteren forschersich beobachteten ‚Stadtteilereignisses‘ – einer „Razzia“ durch Polizei, Zoll, Ordnungs- und Gesundheitsamt in einer Shisha-Bar im Juni 2018 – sichtbar, wobei der beobachtete interaktive Umgang einiger Betroffener mit der Kontrollsituation differenzierte Strategien zeigte – etwa der Bezug auf Persönlichkeits- und Menschenrechte, aber auch die subversive Aneignung der Situation zur (auf mediale Verbreitung zielende) Selbstinszenierung –, die in der medialen Berichterstattung unsichtbar bleiben und die hegemoniale Deutung der WAZ geradezu konterkarieren. „Counter-narratives“ (Garbin, Millington 2012, S. 2074) existieren also durchaus – sie werden jedoch nicht über-situativ wirkmächtig.

Im Falle des ‚Fehlalarms‘ bildeten vermutlich die Relevanz der Meldung des Anrufers (Schüsse) und das polizeiliche Wissen um eine Auseinandersetzung in einem in einem anderen Stadtteil gelegenen Café einige Tage zuvor erste Kontextbedingungen für die Entscheidung der lokalen Polizeileitung, mit einem Großaufgebot vor Ort – an der ‚berüchtigten‘ Altendorfer Straße, die das Stadtteilzentrum bildet – zu erscheinen. Während der Beobachtung des abendlichen Einsatzes zeigten sich verschiedene affirmative, aber auch differenzierende Deutungen der Polizeipräsenz. Eine Passantin kommentierte den Einsatz mit „es wird immer schlimmer hier“, wobei sie nicht den Polizeieinsatz, sondern den vermuteten Anlass zu meinen schien. In einer Pizzeria beruhigte der Inhaber eine Kundin dahingehend, dass „das“ nur etwas „unter denen“ sei. Obgleich auch hier scheinbar selbst-verständliche Gruppenkonstruktionen aufgerufen wurden, diente die Abgrenzung dabei weniger der Degradierung von „denen“, als vielmehr der Beruhigung ob der dramatisch wirkenden Polizeipräsenz. Aufgrund der Präsenz von mehreren, mit migrantisch gelesenen Männern besetzten SUV spekulierte auch der beobachtende Soziologe, diese wären wegen des Anlasses für den Polizeieinsatz oder aufgrund dessen gekommen. Vom Anrufer, der die vermeintlichen Schüsse und die sich „zusammenrottenden“ Männer meldete, über die Polizei, die Passantin, den Imbissbetreiber, mutmaßlich die SUV-Besetzungen und den Sozialforscher erfolgten die Interpretationen der Situationen auf Basis von Annahmen, die die Anwesenden bereits mitbrachten, „aber nicht aufgrund des Augenscheins“ (Edelman 1976, S. 103). Es ist also ein klassisches Thomas-Theorem-Phänomen, das zirkuläre Effekte zeitigt: „If men define situations as real, they are real in their consequences“ (Thomas, Thomas 1928), wobei die Bedeutung interaktiv reproduziert wurde. Aus einer bedeutungsoffenen Situation (laute Geräusche und männlich aussehende Personen) wurde eine ‚typische‘ Situation, weil sie sich scheinbar in das Bild von Altendorf und daran anknüpfende (polizeiliche) Handlungsrepertoires fügte. Aufgrund der gesellschaftlichen Autorität der Institution Polizei und ihrer Definitionsmacht objektivierte der Einsatz die Situation und legitimierte sich so selbst. Bedeutungen und das typische Altendorf-Image – als Kontext der Interpretation zukünftiger Ereignisse – werden (re-)produziert. Es entsteht ein polizeilich-publizistischer Verstärkerkreislauf (frei nach Scheerer 1978).

Nicht (nur) objektiv gedachte Gewaltereignisse können Nachbarschaften also symbolisch „into a specter of hostile racial ghetto ready to erupt in mayhem any minute“ (Wacquant et al. 2014, S. 1274) verwandeln, sondern bereits die polizeiliche (Re-)Aktion auf entsprechende Erwartungen und Berichtserstattungen darüber. Die „symbolische Gewalt“ des territorialen Stigmas, auf die nicht nur Wacquant verweist, wird in Wechselwirkung mit der symbolischen Dimension des polizeilichen Handelns reproduziert. Die Stigmatisierung betrifft dabei alle Bewohner*innen Altendorfs – aber nicht alle gleich. Sie eröffnet oder begrenzt sozial ungleich Möglichkeiten, sich dazu zu positionieren: zum einen, weil manche Positionierungen anschlussfähiger an hegemoniale Diskurse sind, zum anderen, weil die Betroffenheit von Polizeikontrollen auch im „Gefahrengebiet“ ungleich verteilt ist. Insbesondere die polizeiliche Kernklientel der ‚üblichen Verdächtigen‘, die vor allem als männlich, mit Insignien einer ‚Straßenkultur‘ ausgestattet und in den meisten Fällen als nicht weiß(-deutsch) gedacht werden, bekommen territoriale Stigmatisierung in ihren alltäglichen Aneignungspraktiken des Stadtteils zu spüren.

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Projektnummer 389360901.

Literatur

Becker, Howard S. 2016 [1967]. „Whose Side Are We On?“. In *Kriminologische Grundlagentexte*, Hrsg. Daniela Klimke und Aldo Legnaro, 7–22. Wiesbaden: Springer VS.

- Belina, Bernd, und Jan Wehrheim. 2011. „Gefahrengebiete“. Durch die Abstraktion vom Sozialen zur Reproduktion gesellschaftlicher Strukturen. *Soziale Probleme* 23:207–229.
- Blumer, Herbert. 1981. Der methodologische Standpunkt des symbolischen Interaktionismus. In *Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit*, Hrsg. Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen, 8–146. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- DHPol – Deutsche Hochschule der Polizei. 2020. Sicherheitsanalysen und -vernetzung für Stadtquartiere im Wandel (SiQua). Auswertungen zur Polizeilichen Kriminalstatistik für Stadtbezirke und Stadtteile in Essen. <http://www.si-qua.de/sites/default/files/2020-03/hellfeld-essen-2020-03-16.pdf> (Zugegriffen: 21. Sept. 2020).
- Edelman, Murray. 1976. *Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Feest, Johannes, und Erhard Blankenburg. 1972. *Die Definitionsmacht der Polizei. Strategien der Strafverfolgung und soziale Selektivität*. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.
- Garbin, David, und Gareth Millington. 2012. Territorial Stigma and the Politics of Resistance in a Parisian Banlieue: La Courneuve and Beyond. *Urban Studies* 49:2067–2083.
- Hagenbucher, Rüdiger. 2017. Schulleiterin klagt: „Unsere Arbeit ist nicht zu schaffen“. <https://www.waz.de/staedte/essen/borbeck-und-west/experten-werfen-unterschiedliche-blicke-auf-altendorf-id209333421.html> (Zugegriffen: 22. März 2020).
- Hall, Stuart, Chas Critcher, Tony Jefferson, John Clarke und Brian Roberts. 1978. *Policing the Crisis. Mugging, the State, and Law and Order*. London/Basingstoke: Macmillan.
- Häußermann, Hartmut und Martin Kronauer. 2009. Räumliche Segregation und innerstädtisches Ghetto. In *Inklusion und Exklusion: Analysen zur Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit*, Hrsg. Rudolf Stichweh und Paul Windolf, 157–173. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hunold, Daniela. 2015. *Polizei im Revier. Polizeiliche Handlungspraxis gegenüber Jugendlichen in der multiethnischen Stadt*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Kintscher, Wolfgang. 2017. Sicherheit. Nach der Randalie: Polizei Essen will gezielt Stärke zeigen. <https://www.waz.de/staedte/essen/nach-der-randalie-polizei-will-gezielt-staerke-zeigen-id212780377.html> (Zugegriffen: 22. März 2020).
- Landtag Nordrhein-Westfalen. 2020. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 3490 vom 20. April 2020 des Abgeordneten Sven W. Tritschler AfD. Drucksache 17/9022 Gefährliche Orte: Warum missachtet die Landesregierung das Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom 28. Januar 2020? Drucksache 17/9401. <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-9401.pdf> (Zugegriffen: 21. Sept. 2020).
- Lindner, Rolf. 2004. *Walks on the wild side. Eine Geschichte der Stadtforschung*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- LKA NRW. 2019. Clankriminalität – Lagebild NRW 2018. https://polizei.nrw/sites/default/files/2019-05/190515_Lagebild%20Clan%202018.pdf (Zugegriffen: 30. Dez. 2019).
- Mohring, Katharina, und Manfred Rolfes. 2020. No-go-Areas. Wie eine Raumsemantik zwischen Politik und Massenmedien vermittelt und Räume rechter Gewalt zu Räumen ethnisierter Kriminalität werden. *Geographische Zeitschrift* 108:99–124.
- Peters, Helge. 2009. *Devianz und soziale Kontrolle*. Weinheim: Juventa.
- Polizei NRW Essen. 2020. *Arabische Familienclans – Historie. Analyse. Ansätze zur Bekämpfung*. Essen.
- Rinn, Moritz, und Lena Wiese. 2020. Politiken sozialer Mischung und die Produktivität von Rassismus im „gefährlichen Viertel“. *Geographica Helvetica* 75:23–36.
- Ronneberger, Klaus, und Vassilis Tsianos. 2009. Panische Räume. Das Ghetto und die „Parallelgesellschaft“. In *No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*, Hrsg. Sabine Hess, Jana Binder und Johannes Moser, 137–152. Bielefeld: transcript Verlag.

- Sack, Fritz. 1968. Neue Perspektiven in der Kriminologie. In *Kriminalsoziologie*, Hrsg. Fritz Sack und Rene König, 431–475. Frankfurt am Main: Akademische Verlagsgesellschaft.
- Sat, Sinan. 2018. Wieder Razzia gegen Clans in Essen – Politik der Nadelstiche. <https://www.waz.de/staedte/essen/wieder-razzia-gegen-clans-in-essen-politik-der-nadelstiche-id214610023.html> (Zugegriffen: 22. März 2020).
- Scheerer, Sebastian. 1978. Der politisch-publizistische Verstärkerkreislauf. Zur Beeinflussung der Massenmedien im Prozeß strafrechtlicher Normgenese. *Kriminologisches Journal* 10:223–227.
- Smith, Douglas A. 1986. The Neighborhood Context of Police Behavior. *Crime and Justice* 8:313–341.
- Stadt Essen. 2019. Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen. Ein Blick auf ... Stadtteile in Essen Altendorf 2018. https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/12/ein_blick_auf_stadtteile/Altendorf_07.pdf (Zugegriffen: 29. Feb. 2020).
- Stadt Essen. 1999. *Handlungskonzept für Essen-Altendorf – Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf*. Essen.
- Thomas, William I., und Dorothy Swaine Thomas. 1928. *The Child in America. Behavior Problems and Programs*. New York: A. A. Knopf.
- Wacquant, Loïc, Tom Slater und Virgílio B. Pereira. 2014. Territorial stigmatization in action. *Environment and Planning A* 46:1270–1280.
- Wacquant, Loïc. 2018. *Die Verdammten der Stadt. Eine vergleichende Soziologie fortgeschrittener Marginalität*. Wiesbaden: Springer.
- Wilson, James Q., und George L. Kelling. 1982. Broken Windows. *Atlantic Monthly* 249:29–38.